

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Heinz Josef Imsiecke: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

100 Jahre Münsterländische Tageszeitung

VON HEINZ-JOSEF IMSIECKE

Die „Münsterländische Tageszeitung“, herausgegeben vom Verlag Hermann Imsiecke in Cloppenburg, bestand im September 1981 einhundert Jahre. Anfangs hieß die Zeitung allerdings „Wochenblatt für Stadt und Amt Cloppenburg“. Neben dem Wochenblatt gab es in Cloppenburg damals noch die „Cloppenburger Nachrichten“, gegründet 1879, die jedoch 1882 ihr Erscheinen einstellten.

Im Jahre 1886 übernahm der 22jährige Hermann Imsiecke vom vormaligen Verleger J. T. Haneklau Redaktion und Verlag des Wochenblattes, das sich ab 1885 „Wochenblatt für die Amtsbezirke Cloppenburg und Friesoythe“ nannte. Hermann Imsiecke hatte in Oldenburg bei der Druckerei Stalling gelernt und verstand es, eine Zeitung zu machen, die durch eine wachsende Leserschaft zunehmend an Rückhalt gewann. Von Beginn an stellte Hermann Imsiecke seine Arbeit in den Dienst der katholischen Sache, eine Aufgabe, die er auch später im Rahmen der Zentrumspartei weiterverfolgte.

Der Fortschritt auf technischem Gebiet, elektrischer Strom für Maschinenantrieb, Setzmaschinen, Telefon usw., erlaubte es Hermann Imsiecke, im Jahre 1906 die Zeitung werktäglich erscheinen zu lassen, - vorher war sie bis zu drei Mal in der Woche herausgekommen - und er wählte als neuen Titel „Münsterländische Tageszeitung“. Die neue Bezeichnung sollte die Erinnerung an Geschichte und landsmannschaftliche Besonderheit einer Gegend herausstellen, für das der Verlag seine publizistische Arbeit einsetzte. Dem Namen fügte der Verlag den Untertitel „Heimatzeitung für das Oldenburger Münsterland“ hinzu und vermerkte zu der wappentragenden Eiche im Kopf des Titels: „die starke, knorrige Eiche, die mit ihren Ästen, Zweigen und Blättern die Wappen der Ämter des Münsterlandes vereinigt, möge als symbolische Darstellung ein steter Hinweis sein auf die Kraft und Stärke, die in der Eintracht liegt. Wir hoffen, mit dieser Zeitung, die das ganze Münsterland umspannt, die Einigkeit zu fördern und die Bewohner der einzelnen Ämter näherzubringen“.

Die Zeitung nahm eine gute Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg, sie überwand Inflation und Nachkriegszeit. Josef Imsiecke, ein Sohn des Gründers rettete die Münsterländische Tageszeitung über die Jahre des Dritten Reiches trotz großer Schwierigkeiten und Anfeindungen der damaligen Machthaber. In dieser Ära der publizistischen Gleichschaltung sah es Josef Imsiecke als seine Aufgabe an, sich der Heimatarbeit zu widmen. Am 24. 4. 1934 erschien erstmalig die Beilage „Volkstum und Landschaft“. Mit der Herausgabe wollte der Verlag Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Heimat wecken. Heimatgeschichte, Familienforschung, Verschönerung des Landschaftsbildes und Schutz der Tier- und Pflanzenwelt gehörten zum selbstgestellten Aufgabenkatalog, der als vordringlichste Tätigkeit zudem die Förderung des Heimatmuseums vorsah.

1942 mußte Volkstum und Landschaft in „Heimatklänge für die Front“ umbenannt werden. Die fortschreitenden Kriegereignisse zwangen die Zeitung zu immer weniger Seitenumfang, den das stark verringerte Perso-

Erleben nichtig einmal, Sonn-
stags, und feierlichlich in
der Expedition 10 Bl. in Cloppen-
burg bei und Haus gebildet 60 Bl.,
auch bei 80 Bl. in...
nehmen die meisten...
jeweils die Expedition...
gegen.

Wochenblatt

Angewandt alle
Anden die...
lassen die...
deren...
7...
15...
20...

für Stadt und Amt Cloppenburg.

Erster Jahrgang.

Für die Redaction verantwortlich: Der Verleger.

Nr. 5. Cloppenburg, Sonnabend, den 29. October. 1881.

Wochen-Rundschau.

Von mehreren Seiten wird berichtet, daß der am nächsten
Donnerstag zu vollziehende neue Reichstag bereits zum 17.
November einberufen werden wird.
Während nach einer Mitteilung, die sich auf verlässliche
Quellen beruht, der Reichsrat pro 1882/83 keine wesent-
liche Veränderungen gegen eine Anzahl Reformen, Finanzhaushalt
und Dankschreiben Sachverständigen ist nach schätzigen Ver-
bindungen bis zum Herbstbeginn geschieden, welcher am Dien-
stag publiziert werden sollte.
Als eine interessante Tatsache ist es zu bezeichnen, daß
die Zahl der Bankrotts-Verurteilungen sich im Laufe dieses
Jahres erheblich vermindert hat, im ersten Quartal d. J.
wurden in Deutschland 1376, im zweiten 1217, im dritten
1041 Konkurse eröffnet.

Nach einer neueren Verfügung wird auch denjenigen
Unteroffizieren, welche noch zwölfsähriger Dienst
zeit mit dem Anspruch auf den bezüglichen Pensionierungs-
schein ausfinden, die einmalige Bezahlung von 105 Mk. gewährt.
Die Verhinderung des Verkaufs von Weizen oder von
anderen Nahrungsmitteln bildet den Gegenstand von
geleitete Verfügungen der Behörden. Nachschonungen über die
Erlöse der angewandten Maßregeln zu wünschen
über. Statistische Erhebungen haben gezeigt, daß die
Zahl der Verbrauchsgüter noch im Zunehmen begriffen ist.
Man hat deshalb, und zwar mit wohlbekanntem Erfolg,
dann begonnen, die Namen der wichtigsten Güter öffentlich
bekannt zu machen, und heißt auf diese Weise den Verbrauchern
Einblick thun zu lassen.
Die Nachrichten über den noch näher bezeichneten
deutsche Kriegsschiffe in die letzten Nachrichten ab-
kommenheit sein sich ist mit Recht bemerkt worden. Wichtig
ist es jedoch, daß die Lage der Deutschen in Tunis bedrängt
erfunden und ein Schicksal des Gegenstand der Erklärung
gewendet ist; auch sind Maßnahmen in Aussicht genommen, je-
doch ist die Entscheidung noch nicht erfolgt.

Das Material, welches dem Bundesrathe vor liegt
verfügt, ist demnach inhaltlich und daher die Wichtigkeit derselben
verdrängt auch noch kaum der Rede wert. Von den bisher
erwähnten Theilen des Reichsrechts-Vertrags liegt noch keiner
zur Vertheilung vor. Sicher ist ein Unterschied von dem
jetzigen Gut kaum zu erwarten, wahrscheinlich wird weder
im Bundesrat noch im Reichstage der Staat irgend eine
wesentliche Veränderung erfahren.
Der deutsche Reichstag in Konstantinopel Graf Pog-
genfeld ist in Berlin eingetroffen, und hat protestantisch die
Erteilung des auswärtigen Amtes übernommen.
Für Vertheilung der Stellen für die Verwaltung Deutsch-
lands an den Reichsbehörden in Alexandria wird eine
Kandidatenliste vorgelegt. Der bewilligte Betrag von
300 000 Thaler ist überlassen.
In der wichtigsten Entscheidung des Reichsamt des
Jahres wird sich das Material für den in Aussicht genom-
menen Entwurf betrifft der Revision der Bundesverfassung wegen
des Reichsrechts-Vertrags im Umherziehen gehalten.
Wegen der 15 Angelegenheiten im Reichsrathe doch
vertragsprojet wurde am Freitag des letzten ver-
fanden. Die Hochvertrags wurden 9 beantragt, die
mit Sachverständigen am 1. Juni bis zu 2. Juni 7 Monat
belegt werden; zwei der Angelegenheiten wurden anderer Ver-
fahren inhaltlich befinden und drei Monaten resp. 2 Jahren
Schlichtung überlassen; drei wurden freigegeben, darunter
die untergeordnete Begehr und Wahrheitshaft, von ein Zeugnis
die Ablicht angefordert hätte, doch Reichsbehörden in Berlin in
die Luft zu sprengen.
Gewissen des hamburghischen Senats ist beim Bundesrathe
der Antrag auf Verlängerung des Heinen Belagerungs-
zustandes auf ein Jahr für das germanische hamburghische

Staatsgebiet mit Ausnahme des Landes Rügenhütten gestellt
worden. Ein gleicher Antrag soll letzten der preussischen
Regierung bezüglich Altonas und Lüneburg eingeleitet worden
sein. Die preussische Regierung soll außerdem auch die Ver-
längerung des Heinen Belagerungsstandes über Hamburg be-
auftragt haben.
Die Kommission, welche mit dem Entwurfe einer deutschen
Militär-Strafprozessordnung beschäftigt war, hat die
Arbeit beendet und der Kaiser demnach dem Reichstag
des Reichs.
Nach dem Tode des Fürstbischöflichen von Breslau, Dr.
Fischer, über nur noch vier abgeordnete preussische
Bischöfe im Auslande, die von Köln, Posen, Münster und
Lüneburg, deren frühere Bischöfe die Herren Dr. Reichert, Graf
Scheidemann, Hinckeldey und Dr. Blum waren. Im ange-
hörten Besitz ihrer Bischöfe waren die Bischöfe von Köln,
Köln, Mainz und Trier zu nennen.

Der Jollasatz der Wasserwerke wird wohl-
schienlich schon am 1. Dezember erfolgen. Die Wasser-
rechnung sollen aber noch lauter zurück sein, daß der Anschlag
an ihren Termin nur unter sehr mangelhaften Vorbedingungen
stattfinden könnte.
Die Halbesche Zeitung enthält wiederholt, daß Preußen
nicht erstlich an die geringste Annäherung des von ihm schon
mit 14 Jahren unterzeichneten Vertrag mit Bismarck
aus Rücksicht. Dieser hätte Preußen dazugehörige Vor-
schläge abgelehnt.
An Stelle des verstorbenen General Grohgen von
Schwarzschaff ist General von Pappe (bisher Kommandant
des 5. Armeekorps) in gleicher Eigenschaft zum 3. Armeekorps
berufen, während dessen Stellung in Wien durch den bisherigen
Oberstleutnant von Stieglitz bekleidet wird.

Von Seiten der Westfalen Volkshochschule war die feier-
liche Einholung der Leiche des Fürstbischöflichen Dr.
Fischer unterhaltig worden. Auf Seiten einer Anzahl
fanatischer Bürger hat inoffiziell der Reichstag die Überlegung
erregt, jedoch sollte die offizielle Beerdigung der Behörden
und Schulen unterbleiben. Die Beerdigung der Leiche ist
aber schon während des Jollasatzes erfolgt.
Der aus Klagen eingeleitet wird, hat der deutsche
Reichstag den Antrag, daß am Wahltage, dem 27. Oktober,
sämtliche deutsche Städte geschlossen bleiben, damit
das Verbot der Ausübung eines Wahlrechts durch keine
Gelegenheit ist.
Österreich. In bevorstehendem Anstalt des Königs
Humbert von Italien in Wien und auch der ehemaligen
König von Spanien und der Herzog von Parma eingetroffen.
Wie man hört, hat der Kaiser Franz Joseph seine Vermittlung
zwischen beiden Seiten und dem König Humbert nach der
Rechnung hin angeboten, daß Italien den abgelegten Fürstlichen
von Spanien und Parma auch eine gewisse Entschädigung für
ihre von Italien eingezogenen Eigenschaften zähle.
Frankreich. Die radikal-kommunistische Partei erhebt wieder
mehrheitlich ihr Haupt. In ihrer letzten Versammlung werden
die Minister als Räuber und Vandalen bezeichnet, und am
Tage des Kommerzministeriums soll eine große Volksdemo-
stration vor dem Hause der Deputierten stattfinden,
so daß Gombauds Tragen sich ihnen zu der Drohung anschließen
hat, die Republik werde ebenso gut auch auf Revolutionen
sein, es das Kommando und das Kommando geben hat. Es
heißt, daß gegen mehrere Kommunisten die Untersuchung ein-
geleitet werden kann soll.

England. Die Verhandlungen in Irland dauern
fort, doch scheint es sich nicht, sie einzugehen, da sie
einander wie ein Ei dem andern gleichen und überall ein
gleiches Geschehen nehmen: Vertheilung der recalcitrenthelmen
und Vertheilung der Anstalten. Die Kommission hat in Bezug
auf englischen Boden verlangt, wo der Belagerungsstand
nicht gilt. — In Bezug auf die Verhandlung des Vorstandes
von der Höhe der Freiheitsrechte getrieben worden. — Mehrere
Kommunen haben Widerspruch noch Irland erlassen.
Die letzten aus Irland eingegangenen Nachrichten konstatieren,
daß zwar die Rechte überall mehr zugehört ist, doch jedoch
die Wahrung unter der Verwaltung eine sehr harte ist.
England. Die Regierung geht jetzt in Irland
erlaubt vor. Eine Resolution des Abgeordneten erklärt die
Landtage als eine geringwertige und finanziell unglückliche. In-
zwischen die, übrigens von dem gemeinsamen englischen Preise
geschlichtete Maßregel die Fortsetzung der Kapitulation anzuführen
ermöglichen wird, die abgemindert, so bekanntlich die Liga
ihren Weg nach England vortreibt hat und dort von dem Ver-

bote nicht getroffen wird. Nachdem die Regierung durch ihr
Vorgehen gegen die Revolutionäre bewiesen hat, daß es ihr
um die Unterdrückung der Unruhe obliegt ist, hat sie
damit auch den Ordnung liebenden Revolutionären Frieden, die
sich dem Terrorismus widersetzen wollten, das Vertrauen in
den Schutz der Polizei wiedergegeben und sie ermutigt, näm-
lich auch heranzutreten und die Regierung in ihren Be-
mühungen zu unterstützen. Der in der neuen Kammer vor-
gegangene Geschäftsverlauf zur Festlegung des Wahlrechts ist ja-
kommengetreue und viele Hunderte von Wählern haben schon
die Kammer geliebt, ein Beweis, daß sie sich dem Schutz
unterwerfen.

Rußland. Jährliche Cassationskassen haben in
den letzten Tagen wieder in Petersburg nach schätzlichen Be-
schlüssen stattgefunden. Es wird auch berichtet, daß für die
Feststellung mit dem Kaiser von Österreich bereits der 14.
Oktober in Aussicht genommen, die Abreise aber unterbleiben
ist, weil man auf der Bahnstation Brest in den nächsten Näch-
ten von Petersburg Abreise zu erwarten hat.
Rußland. Die Revision des Jollasatzes ist im
Juli im April in Aussicht genommen worden; Vorbereitun-
gen dazu werden schon getroffen, auch sind die Mitglieder der
Revisionskommission schon ernannt.
Das nichtöffentliche Exekutiv-Komitee hat
überhaupt eine Vollkommission einberufen und zwar an die Re-
volution. Mit dem neuen Jollasatz ist auch nicht ausgekommen,
belegt es da, nun müßte ein Aufstand erfolgen und die Re-
gierung niedergeworfen werden. Wenn die Revolutionäre
besten, stellt ihnen die Vollkommission Land und Freiheit sowie
den ewigen Nachruhm der Geschichte in Aussicht.

lokales und Correspondenzen.
Cloppenburg. Die Reichstagswahl ergab hier fol-
gendes Resultat: Von 385 Wahlberechtigten stimmten 291,
dabei
für v. Bohn 289
für v. Bötticher 21.
Eine Stimme wurde für Ernie Königlische Hofrat des
Großherzog von Oldenburg abgegeben.
In der Gemeindeversammlung wählten von 601 Wäh-
lern 440; sämtliche Stimmen erhielt v. Bohn — Darnach
haben sich von Lande ca. 88%, aus der Stadt ca. 70%,
der Wähler an den Wahlen betheiligt.

Cloppenburg. Der Güterverkehr auf der Strecke
Oldenburg-Oldenburg ist jetzt ein recht reger. Bis zu 100
bis 120 Wägen mit zwei Lokomotiven sind häufig. Zum
größten Teil sind diese Wägen mit Kohlen von Huesberg
beladen, die in immer weiteren Kreisen Eingang finden.
Nachdem der Holztransport aufgehört hat, ist es jetzt vorzugs-
weise Vieh und Strohhalm, was von hier aus verfrachtet wird.
Herr Riedelstedt hieselbst richtet seit Tag für Tag einige
Wägen mit Strohhalm nach Oldenburg. Legtere nach dem Rheinlande.
Hier angekommen, legtere nach dem Rheinlande. In
Folge des starken Güterverkehrs ist das Hauptkommen der
Jahre recht häufig, namentlich des Mittags kurz vor 1 Uhr
nach Quakenbrunn fahrenden Zuges.

Cloppenburg. Nach längerer Pause wird der
Katholische Kirchen-Convent und wieder durch zwei Versam-
lungen erfreuen und zwar am Sonntag und am Hefe-Abend
beizuhilfen. Zur Aufführung gelangen: „Stieg der Hühner“
und das humorvolle kleine Lustspiel „Brennen, Dürst und
Co.“ Bei dem bekannten vorzüglichen Leistungen der Spieler
ist auf ein volles Haus mit Bestimmtheit zu rechnen.

Cloppenburg. In der Verwaltung des Amt-
mittelschulischen Bezirks, Abtheilung Cloppenburg, am 1. Juni
noch hat sich ein landwirthschaftlicher Genossenschafts-Bezirk
constituirt; zu dessen Director Herr Director Heyder und Be-
schickungsführer Herr Meyer-Küsterin gewählt sind. Der
Aufsichtsrath besteht aus den Herren Dr. Caspar, Aug.
v. Hammel und Joseph Meyer-Küsterin. Die
erste Sitzung der Lagerordnung. Regelmäßige des
Entwurfes eines neuen Justizvertrages, wird einer Ver-
sammlung in der zweiten Novemberwoche ebenfalls vorgelegt
werden. Näheres über diese hochwichtige Angelegenheit wird
eine der nächsten Nummern dieses Blattes bringen.

Titelseite des „Wochenblattes für Stadt und Amt Cloppenburg“ aus dem Jahre 1881.

Bekanntmachungsblatt des Landkreises Cloppenburg, der Städte Cloppenburg und Friesoythe, der Gemeinden Barbel, Bässel, Cappeln, Emstek, Essen, Garro, Lastrup, Löningen, Molbergen und Saterland
Löninger Volksblatt



Oberparteiliche und christliche Tageszeitung mit der größten Abonnentenzahl im Landkreis Cloppenburg. Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - H. Imtsiecke, Druck und Verlag 459 Cloppenburg, Postfach 1420
Friesoyther Tageblatt

31. W. / Nr. 175 / 101. Jahrgang

Cloppenburg, Freitag, 31. Juli 1981

0,60 DM

T 5020 A

Klartext

Milliardenspiel

VON WOLFGANG THATE
Was alles halb so schlimm? Das betont frohgemute Auftritte des Kanzlers vor der Presse nach Abschluss der Bonner „Sparverhandlungen“ könnte fast diesen Eindruck erwecken. Tatsächlich ist aber bei dem Ringen um ein neues Finanzkonzept doch wieder nur Flickwerk herausgekommen. Mancher guter, wenn vielleicht auch unpopulärer Plan der beiden Parteien fiel jeweils mit Rücksicht auf den Koalitionspartner unter den Tisch. Ein großer Teil des gestern vorgelegten, verwirrenden Zahlenspiels beruht auf vagen Abkürzungsversprechen, deren Verwirklichung keineswegs sicher ist, denn sie müssen jetzt den Koalitionspartnern und ihren Fraktionen schmackhaft gemacht werden, da in vielen Fällen auch das Parlament noch mitzureden hat.

Nicht zu vergessen, daß eine Reihe der Bonner Beschlüsse darüber hinaus auch der Zustimmung des Bundesrats bedarf. Wegen der Unionsmehrheit dieses Gremiums eine Hürde, die die Koalition sicher nicht im ersten Anlauf nehmen wird. Hierbei werden - wie schon vorher im Bundesrat - die Schörsbächer des Bonner Konzepts nochmals deutlich werden. So etwa die komplizierten Manipulationen im Bereich der Renten- und Arbeitslosenversicherung und manche Inkonsistenzen bei den Eingriffen oder Nicht-Eingriffen im sozialen Bereich.

Ein ungedeckter Wechsel sind vorerst auch die fast vier Milliarden DM, die der Bundesfinanzminister jetzt bei „Chefgesprächen“ seinen Kabinettskollegen aus der Nase ziehen soll. Das große „Milliardenspiel“ ist also noch nicht zu Ende, wie es wirklich aussieht und was unter dem Strich dabei herauskommt, wird sich erst nach den Parlamentsferien im September zeigen.

Exilkroate hatte im Keller der Freundin Plastiksprengstoff

Malax (dpa). Gegen den Pressesprecher des „Kroatischen Nationalrates“ - einer internationalen Vereinigung von Exilkroatien - wird von der Mainzer Staatsanwaltschaft wegen der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens sowie wegen Vergehens gegen das Waffengesetz ermittelt. Der 35jährige Exilkroate hatte im Keller einer Mainzer Bekannten zehn Stangen Plastiksprengstoff, zwei Sprengkörper, elektrische Sprengzylinder und eine Maschinenpistole versteckt. Das Sprengstoff-Arsenal war von der Polizei im Dezember 1980 ausgehoben, der Jugoslawe im Mai dieses Jahres in Frankfurt verhaftet worden.

Waffennachschub der IRA gebremst?

Washington (dtp). Die amerikanische Bundeskriminalpolizei (FBI) nimmt an, daß es ihr gelungen ist, die Hauptader des illegalen Waffennachschubs aus den USA an die Untergrundorganisation provisorische Irish-Republickanische Armee (IRA) in Nordirland zu unterbrechen. Die Verhaftung von drei Personen im New Yorker Stadtteil Queens im Juni war der Höhepunkt einer langwierigen Ermittlungsarbeit, in deren Verlauf sich FBI-Agenten als Waffenschlepper ausgaben. Sie sollen von den drei Personen 18.000 Dollar in bar für die Lieferung von 42 Schnellfeuerwaffen und Faustfeuerwaffen angeboten erhalten haben.

Frankreich stoppt Atomkraftwerke

Paris (dpa). Die französische Regierung hat gestern den Bau von fünf umstrittenen Kernkraftwerken gestoppt. Dazu gehört auch der dritte und vierte Block der Anlage von Cattenom an der Mosel im deutsch-französisch-luxemburgischen Dreiländereck, die als eine der größten Anlagen im Grenzgebiet stark umstritten war. Mit dem Beschluß wurden alle Planungen und Arbeiten an den fünf Anlagen eingestellt. Entgegen den Erwartungen wurde der Bau von Nogent-sur-Seine nicht ausgesetzt.

Erhebt Schweiz Autobahngebühr?

Bonn (dtp). Besorgnis über eine geplante Schwerverkehrsabgabe für Lastwagen sowie eine Autobahngebühr für PKW in der Schweiz hat sich Bundesverkehrsminister Volker Hauff gestern geäußert. In einem Schreiben an seinen schweizerischen Amtskollegen warnte er vor den Folgen für die europäische Zusammenarbeit. Durch die geplante Maßnahme, die für einen befristeten Zeitraum von 1983 bis 1990 gelten soll, würden auch deutsche Straßenbenutzer, insbesondere Urlauber, betroffen.

US-Dollar auf neuer Rekordhöhe

Frankfurt (dpa/vwd). Eine neue US-Dollar-Hausse kennzeichnete gestern das Geschehen an den internationalen Devisenmärkten: So erreichte der gegenüber dem Vortag um mehr als zwei Pfennig höhere amtliche Mittelkurs der US-Währung von 2,4653 (2,4445) DM in Frankfurt nicht nur einen neuen Jahreshochstand, sondern eine neue Rekordmarke seit September 1976. Auch in Italien gab es einen neuen Dollar-Rekord: Der bisherige Höchststand von 1225,50 Lire vom 9. Juli 1981 wurde mit 1226,50 Lire überboten.

Flucht bei Ortstermin

Albrecht jetzt in DDR

Hamm (dpa). Dem mutmaßlichen Rechtsanwaltsminister und Neonazi Udo Albrecht (41) ist unter den Augen von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Bundesgrenzschutz die Flucht in die DDR gelungen.

Wie die zuständige Generalstaatsanwaltschaft in Hamm berichtet, flüchtete Albrecht bei einem Ortstermin unmittelbar an der DDR-Grenze bei Lauenburg (Niederschlesien), als er der münsterischen Staatsanwaltschaft ein ihm bekanntes Waffenversteck zeigen wollte.

Der 41jährige, der seit August 1980 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede in Untersuchungshaft saß, soll an drei Raubüberfällen in der Bundesrepublik beteiligt gewesen sein. Unter anderem wird ihm die Staatsanwaltschaft aus dem Mai 1976 bei dem Überfall auf eine Bank in Heek (Kreis Borken) mitgeteilt, die Familie des dortigen Polizeichefs genommen und anschließend den Bankleiter, dessen Ehefrau sowie einen Kassierer im Tresorraum eingeschlossen und bedroht worden mit 285.000 DM Beute verschwand. Albrecht werden auch Beziehungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann nachgesagt.

Nach Darstellung des Hammer Generalstaatsanwalts Wolfgang Gessel nutzte Albrecht die Irritation, die bei dem Ortstermin ein vorbehaltender Interzonenzug auslöste, um auf den schon zum DDR-Staatgebiet gehörenden Sicherheitsstreifen vor dem Grenzzaun zu rennen. Dort wurde er von zwei Soldaten der Nationalen Volkarmee in Empfang genommen.

Drei Haftbefehle außer Vollzug

Karlsruhe/Frankfurt (dpa). Drei von insgesamt sechs im Raum Frankfurt als Mitglieder der als terroristisch eingestuftem Vereinigung „Schwarze Heibölche“ gegen zwei wieder auf freien Fuß. Wie ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe auf Anfrage mitteilte, sind die Haftbefehle gegen zwei Männer und eine Frau vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH) nicht aufgehoben, sondern nur außer Vollzug gesetzt worden. Drei weitere Männer bleiben in Untersuchungshaft.

Startverzicht aus Geldmangel?

Heidelberg (dpa). Nach drastischen Mittelkürzungen aus Bonn zieht die Deutsche Schwimm-Verband die Notbremse. Präsident Harm Beyer erklärte, daß zu den Europameisterschaften in Split „aller Wahrscheinlichkeit nach“ keine Mannschaft entsendet wird. Auch der Deutsche Leichtathletik-Verband sieht nach Eingang des Bonner Sparbriefes seine Teilnahme am Europapokal-Finale in Zagreb stark gefährdet. (Siehe Sport)

Bonner Finanzplan: 24 Mrd. sollen herausgeholt werden

Sparkonzept der Bundesregierung bringt Belastungen für alle

Bonn (dpa). Das Bundeskabinett hat gestern in Bonn das Konzept der Bundesfinanzen ein Paket von 24 Milliarden DM aus Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen mit der einzigen Steuererhöhung bei Tabak beschlossen. Regierung und Koalition haben nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Schmidt damit ihren haushaltspolitischen Ziele erreicht und erwarten von ihren Beschlüssen günstige Auswirkungen auf Konjunktur und Zinsen.

Wie Schmidt vor der Presse erläuterte, sollen der Bundesetat 1982 auf ein Volumen von 240,85 Milliarden DM (1981:231,1) und die Neuverschuldung auf 26,49 (33,8) Milliarden DM begrenzt werden. Die „strukturellen Verbesserungen“ des Haushalts belaufen sich auf 18 Milliarden DM. Hierzu kommen 6,1 Milliarden DM aus dem Gewinn der Bundesbahn.

Nach den Kabinettsbeschlüssen sollen auf der Ausgabe Seite durch gesetzliche Änderungen 9,5 Milliarden DM und durch andere Maßnahmen 2,5 Milliarden DM eingespart werden. Die Streichung von Steuervergünstigungen und Subventionen führen zu Mehreinnahmen von einer Milliarde DM. Die Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Juni 1982 (die Sektsteuer soll nicht heraufgesetzt werden), bringt dem Bund rund 1,4 Milliarden DM ein. Zusätzlich will Finanzminister Matthöfer weitere vier Milliarden DM in den Verhandlungen über die Einzelpläne einsparen.

In Grundzügen liegen folgende wichtige Einzelmaßnahmen fest: Kindergeld: Voraussichtlich alle Kindergeldempfänger werden Opfer in einer Gesamthöhe von 1,5 Milliarden DM bringen müssen. Welche Einschnitte erfolgen, wird noch geprüft.

Öffentlicher Dienst: Auf 527 Millionen DM für den Bund und 1,852 Milliarden DM bei den Ländern und Gemeinden summieren sich die vorgesehenen Sparmaßnahmen. Es sind im wesentlichen die Verschiebung



Einigkeit der Koalition (zumindest für den Augenblick) demonstrieren gestern im Kabinett Bundeskanzler Schmidt und sein Vize Genscher.

der nächsten Besoldungserhöhung von April auf Juli, die auch noch in den Jahren 1983 und 1984 gelten soll. Mit den zuständigen Gewerkschaften soll über eine entsprechende Verschiebung der Tarifverhandlungen mit Arbeitern und Angestellten verhandelt werden. Für 75 Prozent der Beamtenschaft gibt es automatische Einkommenserhöhungen, aufgrund der Dienstalterstufen künftig nur noch alle drei statt bisher alle zwei Jahre. Beim Ortszuschlag wird bei Doppelverdienern der Verheiratetenanteil gestrichen. Die Erstattungen von Beihilfen im Krankheitsfall sollen gesenkt werden. Im Bundesbereich sollen insgesamt 9000 Stellen eingespart werden.

Soziales: Um 3,6 Milliarden DM soll die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ihre Kosten senken. Bei der beruflichen Bildung werden bei Betroffenen mit Kindern die Leistungen von 80 auf 78 Prozent und bei Betroffenen ohne Kinder auf 68 Prozent gesenkt. Bei der beruflichen Rehabilitation gehen die Leistungen um 90 Prozent des Nettolohnes zurück. Um 300 Millionen DM - ein

Drittel - sollen die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reduziert werden. Unter das Stichwort Abbau von Mißbräuchen fallen die Aufrechnung von Überstunden und Kurzarbeitergeld in Einzelbetrieben, schärfere Voraussetzungen für die Gewährung von Kuren und für die vorzeitige Entlassung von 50jährigen. In der Kriegspfeiffersteuer sollen 325 Millionen DM gespart werden. Die Geringfügigkeitsgrenze für die Beitragspflichtigkeit von 390 DM entfällt für alle Beschäftigungsverhältnisse mit Ausnahme von Haushaltshilfen.

Landwirtschaft: Die Bauern müssen 270 Millionen DM mehr für ihre Alters- und Unfallversicherung aufbringen, erhalten bei der Vorsteuerpauschale aber eine Verbesserung von etwa 180 Millionen Mark Subventionsabbau: Darunter fällt unter anderem die Senkung der Arbeitnehmerparzelle von 30 auf 20 Prozent beim 624-DM-Gesetz sowie die Abschaffung des zollfreien Einkaufs auf Butterschiffen und in Duty-Free-Shops. (Fortsetzung auf Seite 2)

Sechsfacher Mord in Frankreich ist aufgeklärt

Fünf Rechtsradikale gestanden die Tat - Leichen gestern in einem stillgelegten Bergwerkstollen gefunden

Paris (dpa). Der grausame, sechsfache Mord an dem Politzeitspekter Jacques Massie und fünf seiner Angehörigen in Auril bei Marseille ist aufgeklärt.

Fünf Mitglieder der rechtsradikalen, ursprünglich als Ordnungsdienst von Charles de Gaulle gegründeten Bürgerdienstaktion SAC haben die Morde gestanden. Fünf Leichen konnten gestern in einem stillgelegten Stollen eines Bauxit-Bergwerks in der Gegend von Luc wenige Kilometer vom Tatort entfernt geborgen werden. Unter ihnen befand sich auch der Leich-

nam des achtjährigen Sohnes Alexander von Jacques Massie. Zwei Täter, der bereits in der vorigen Woche geständige 31jährige Lehrer Jean Bruno Finochietti und sein Kollege, der 35jährige Ange Poletti, berichteten, sie hätten dem Jungen mit einer Eisenstange den Schädel eingeschlagen und mit einem Dolch ins Herz gestochen.

Die drei übrigen Täter sind nach Angaben der Polizei der 42 Jahre alte Lionel Collard und der 29jährige Didier Campana sowie der 26 Jahre alte Jean-François Massoni. Alle sind Mitglieder oder Sympathisanten

des SAC in Südostfrankreich. Collard soll unter der Geheimbezeichnung „Z“ des Todeskommando geleitet haben.

Massie war früher Regionalchef des SAC. Sein Leichnam wurde dem einem Geständnis von Finochietti in der vergangenen Woche wenige Tage nach dem Mord am 18. Juli gefunden. Die Identifizierung der Täter gelang nach stundenlangen Verhören in der Nacht zum Donnerstag, nachdem außer den fünf Beschuldigten aber ein Dutzend SAC-Mitglieder in ganz Frankreich vernommen wurde.

Ungeklärt war gestern nur das Mordmotiv. Wer steht hinter dem „höheren Befehl“, von dem Finochietti in einer ersten Aussage erzählte hatte? Es wird vermutet, daß es über persönliche Rivalitäten innerhalb der Führung des SAC hinaus um belastende Dokumente über Verbrechen der Organisation ging, die Massie besaß.

Die französische Öffentlichkeit erwartet von den Enthüllungen im Laufe des bevorstehenden Prozesses auch eine Klärung der politischen Querbeziehungen zu den Gaullisten.

Münsterländische Tageszeitung im Jahre 1981.

nal nur mit Mühe ausführen konnte. Wegen der näherrückenden Front stellte MT am 31. 3. 1945 ihr Erscheinen ein. Die britische Besatzung untersagte jede Betätigung der Presse ohne Erlaubnis. Deshalb übernahm der MT-Verlag den Vertrieb der von den Engländern lizenzierten Nordwest Zeitung. 1947 gelang es Josef Imsiecke ein Anzeigenblatt für den Landkreis Cloppenburg herauszubringen. Am 1. Oktober 1949 endete die Lizenzpflicht, und am gleichen Tage gab es wieder die MT. Auf Anhieb erreichte sie ihre ehemalige Leserschaft, die ihr trotz der Zwangspause treu geblieben war. Im Februar 1950 folgte die erste Nummer nach dem Kriege von Volkstum und Landschaft.

Mit dem Neubeginn 1949 kam die Münsterländische Tageszeitung als Morgenzeitung heraus, vorher war sie erst mittags erschienen. Für die Lieferung des sog. Mantels (Seiten mit Politik, Aus aller Welt) vereinbarte man die Zusammenarbeit mit der Münsterschen Zeitung in Münster. Diese aus Rationalisierungsgründen getroffene Maßnahme bewährte sich, und wird bis heute weiter fortgeführt. Ab 1949 führt die MT zwei Zusätze im Titel „Friesoyther Tageblatt“ und „Löninger Volksblatt“, wodurch die Erinnerung an diese übernommenen Zeitungen bleibt.

Die Redaktion der wiedererscheinenden MT bestimmte ihre Arbeit nach überparteilichen und christlichen Grundsätzen, bekannte sich zu Toleranz, Achtung sittlicher Güter und zur sozialen Verpflichtung. Diese Ausrichtung hat auch heute noch Gültigkeit. Ihre redaktionelle Aufgabe sieht die Redaktion in der Berichterstattung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, wobei der Förderung heimatlicher Belange ein vorrangiger Platz zukommt.

Zusammen mit der allgemeinen Entwicklung im Erscheinungsgebiet wuchs die Münsterländische Tageszeitung trotz harter Konkurrenz, die Abonnentenzahl nahm ständig zu und wegen der hohen Verbreitungs-dichte entwickelte sie sich zu einem anerkannten Informations- und Werbeträger. Die technische Anpassung und Modernisierung wurde während der Verlagsleitung von Frau Josefa Imsiecke (1956-1970) im großen Umfange durchgeführt. Setzerei, Druckerei und Klischeeherstellung erreichten den aktuellen technischen Stand.

Seit 1970 führt Heinz Josef Imsiecke die Münsterländische Tageszeitung. Durch personelle und maschinelle Neuerungen paßte er Betrieb und Verlag den zeitlichen Erfordernissen an. In den Jahren 1980/1981 vollzog er die völlige Umstellung der Satztechnik von Blei- auf Lichtsatz, eine Maßnahme mit strukturellen Eingriffen, die traditionelle Berufsbilder beseitigte und von jahrelang geübten Fachkräften ein völliges Neulernen und Umdenken verlangte. Trotz der durch die Umstellung möglichen Rationalisierung blieben alle Arbeitsplätze erhalten.

Die Münsterländische Tageszeitung - sie war 1981 nunmehr 95 Jahre im Eigentum der Familie Imsiecke - hofft, mit dem aufgewandten finanziellen und technischen Einsatz auch im zweiten Jahrhundert ihres Erscheinens im Wettbewerb und in der vielfachen Konkurrenz der elektronischen Medien bestehen zu können.

Aus der Chronik der Gemeinden

des Oldenburger Münsterlandes

(zusammengestellt nach den Berichten der Gemeinden)

Landkreis Vechta von Franz Hellbernd

Landkreis Cloppenburg von Franz Dwertmann

LANDKREIS VECHTA (Größe 812,13 qkm; 98.828 Einwohner *)

Gemeinde Bakum (78,67 qkm; 4.485 Einwohner)

20. 1. 1980 Pfarrer Frilling, Carum, vollendet sein 80. Lebensjahr
25. 4. 1980 Grunderwerb in Lüsche durch die Gemeinde Bakum als Austauschgelände für die Schaffung von Bauland in Lüsche
1. 6. 1980 Volksfest mit großem Festumzug in Bakum
6. 7. 1980 Sportverein Blau-Weiß Lüsche feiert sein 50jähriges Bestehen
8. 7. 1980 Ankauf von Flächen durch die Gemeinde Bakum zum Zwecke der Baulandausweisung in Bakum
8. 8. 1980 Eröffnung des neuen durch Herrn Walter Zurborg errichteten Postgebäudes in Bakum, Mühlenweg. Zuvor war die Post 100 Jahre im Hause Zurborg an der Kirchstraße untergebracht
25. 7. 1980 Eröffnung der neuen Geschäftsstelle der Oldenburgischen Landesbank in Bakum, Mühlenweg
5. 9. 1980 Gemeinsame Freigabe der Verbindungsstraße Westerbakum-Deindrup durch die Stadt Vechta und die Gemeinde Bakum
30. 9. 1980 Die Bauerschaft Molkenstraße gewinnt beim Kreiswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ den 3. Preis
30. 9. 1980 Ankauf des Baggersees in Harme (bei Lamping) durch die Gemeinde Bakum
18. 10. 1980 Einweihung des Erweiterungsbaues der Spar- und Darlehnskasse Hausstette

Rathausneubau in Bakum

3. 3. 1980 1. Spatenstich durch Bürgermeister Hermann Rauber und Gemeindedirektor Leonhard Kordes
3. 6. 1980 Grundsteinlegung
4. 7. 1980 Richtfest

Gemeinde Damme (104,37 qkm; 12.884 Einwohner)

23. 3. 1980 Erhebung des Benediktinerklosters zum Priorat
18. 5. 1980 85jähriges Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Borringhausen
15. 8. 1980 Damme/Belgien in Damme zu Gast
29. 8. 1980 Richtfest Rathausneubau
12. 9. 1980 Richtfest Sportumkleidegebäude mit Platzwartwohnung im Dersa-Sportpark
- Sept. 1980 Richtfest Pfarrheim der Kath. Kirchengemeinde Damme
- Dez. 1980 Neuauflage des Buches „Geschichte von Damme“ von Franz Böcker

*) Angaben über Größe und Einwohner der Kreise und Gemeinden laut Statistische Berichte, Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 1980, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt Hannover, im August 1981.